

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

20.5.1922 (No. 117)

treten, wenn eine Reihe von Grundfäden erfüllt sind, die in den Beratungen der Kommission mit wachsender Deutlichkeit hervortreten. Dr. Rathenau ging dann auf die vier großen und unausgesprochenen Wahrheiten ein, die aus den Beratungen hervorgehen schienen und die für ihn die unbedingten Voraussetzungen für eine Gesundung der Weltwirtschaft bilden.

Die erste dieser Wahrheiten lautet: die gesamte Verschuldung der Länder ist zu groß im Verhältnis zu ihrer Produktionskraft. Alle hauptsächlichsten Wirtschaftsländer sind in eine Verschuldungskrise hineingezogen, die die meisten gleichzeitig zu Gläubigern und Schuldern macht; in ihrer Eigenschaft als Gläubiger wissen die Staaten nicht, wie viel sie von ihren Guthaben erhalten werden, in ihrer Eigenschaft als Schuldner wissen sie nicht, wie viel sie zahlen sollen und müssen. Überhaupt kann kein Staat einen wirklichen Haushalt aufstellen. Kein Staat kann es wagen, sich in große umfangreiche neue Einrichtungen einzulassen, die seine Wirtschaft verbessern und dem Geldmarkt neue Nahrung geben. Auch in früheren Zeiten waren die Staaten untereinander überschuldet; aber diese Schulden standen im Verhältnis zur Produktionskraft und entsprachen überdies verbenden Anlagen. Die heutige Verschuldung beläuft sich auf mehr als die Staaten in Jahrzehnten ersparen und abzahlen können; sie sei somit eine Finanzrealität, eine wirtschaftliche Realität ist sie aber insofern, als sie den Produktionsprozess der Welt hemmt.

Die zweite der Genueser Wahrheiten scheint in dem Satz zu liegen, daß kein Gläubiger seine Schuldner am Bezahlen der Schulden hindern sollte. Ein Land könne einem andern auf die Dauer seine Schuld nur in Gold bezahlen und wenn es Gold nicht produziere oder in größerem Umfange besäße, in Gütern. Eine Bezahlung in Gütern sei indes nur möglich, wenn der Gläubiger sie gestatte, verbiete er sie, so trete Zahlungsunfähigkeit ein und erschwere er sie durch irgendwelche Maßnahmen, so werde der Betrag der Schulden willkürlich vermehrt.

Die dritte der Wahrheiten ist vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck gekommen und ausgesprochen in dem Satz, daß die Weltwirtschaft erst dann wiederhergestellt werden könne, wenn das wechselseitige Vertrauen wieder erworben worden sei. Der heutige Zustand der Welt sei nicht friedlich, sondern ein Zustand, der dem Kriege ähnlich ist. Wenn auf der einen Seite unerschöpfliche Gütermengen unterkäuflich sich aufstapeln, auf der andern Seite an den gleichen Gütern der schwerste Mangel bestehe, so liege das daran, daß die wechselseitige Verschuldung als psychisches Moment wirke. Als weitere psychische Momente seien der mangelnde Friedenszustand und das mangelnde Weltvertrauen bestimmbar.

Wenn man sich frage, ob es denn wirklich kein Mittel gäbe, die erschafften Kräfte des Weltmarktes neu zu beleben, so ergebe sich die vierte der unausgesprochenen Thesen, nämlich die, daß nicht durch irgend einen oder zwei Käufer, sondern durch das Zusammenwirken aller dem ökonomischen Problem neue Bewegung zugeführt werde. Nur durch ein Opfer der Welt und der leidenden Menschheit könne eine leidende Menschheit geheilt werden.

Ein weiteres historisches Ergebnis der Konferenz erblide die deutsche Delegation in der Annäherung des großen schwer bedrängten russischen Volkes an den Kreis der westlichen Nationen. Deutschland hat sich bemüht, zu dieser Annäherung der beiderseitigen Gesichtspunkte beizutragen; Deutschland hoffe durch die Fortsetzung der beiderseitigen Besprechungen das Werk des Friedens zwischen Ost und West zu fördern. Für den Schluß, den Italien diesem Werke des allgemeinen Friedens gewährt hat, schuldet die Welt dieser hochherzigen Nation und ihren Führern ihren tiefsten Dank.

Nach dieser Rede Dr. Rathenaus, die mit lang anhaltendem stürmischen Beifall aufgenommen wurde, wurde der Beschluß der Wirtschaftskommission angenommen.

Den allgemeinen Eindruck der russischen Delegation über den Bericht sah Tschitscherin dahin zusammen, daß es dem Bericht an der nötigen Kühnheit und Energie fehle, die für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft besonders in der Richtung der Arbeiterfrage der Welt unerlässlich sei. — Mit diesen Einschränkungen nahm die russische Delegation den Bericht an.

Der Präsident der ersten Kommission, Schanzer, erstattete dann Bericht über die Beschlüsse der ersten Kommission bezüglich der Verweisung der Verhandlungen mit den Russen nach dem Haag. Danach werden die Delegierten gefragt, ob sie die Beschlüsse der Kommission und den Friedenspakt annehmen wollen.

Sämtliche Delegierte geben nacheinander die Erklärung ab, daß sie annehmen. Tschitscherin spricht die Annahme aus mit

den in der Kommission gemachten Vorbehalten. Rathenau erklärt, daß er seiner Regierung die Annahme empfehlen werde.

Hierauf wird die Einladung an die an der Konferenz vom Haag teilnehmenden Mächte verlesen.

Lloyd George sagte in seiner Schlußrede: Die Genueser Konferenz wird ein bedeutungsvoller Meilenstein auf dem Wege des Friedens sein. Wir haben hier nicht nur gutes Wetter, sondern auch Umwetter und Sturm gehabt. Alle Arten von Wetter sind nötig, wenn es eine gute Ernte geben soll, und die Genueser Ernte ist gut. Die wirklichen aufregenden Momente der Konferenz konzentrierten sich auf die Frage der Beziehungen Russlands zu den übrigen Staaten und nach den Bedingungen, zu denen die Welt bereit ist, dieses verduftete Land wieder herzustellen. Wenn Russland Hilfe erhalten will, darf es die Gefühle oder Korrupturen der Welt nicht verletzen. Welches sind diese Korrupturen? Daß wir 1. im Westen Europas für gelieferte Waren Zahlung erwarten, daß wir 2. erwarten, daß das geliehene Geld zurückbezahlt wird, 3. daß wir jemand, dem wir bereits Geld geliehen haben, und der um weiteres Geld bittet, fragen, wollen Sie Ihre Schulden bezahlen? Wenn er erwidert, nein, es ist mein Grundfals, nicht zurückzahlen, so verbietet es sich für die rechtlich Denkenden, diesem jemand neues Geld zu leihen. Ich sehe die russische Delegation dafür an, daß sie in dem Haag nicht in provokierender Weise diese Gefühle mit Füßen tritt. Die Vorkonferenzen des Friedens sind durch die Ädern Europas gegangen und es wird nicht wieder dahin kommen, daß ein Volk gegen das andere die Hand erhebt.

Barthou: Wenn ein Vorkreditor sagte, die Genueser Konferenz bedeute eine Etappe, so ist damit gleichzeitig gesagt, daß man für einige Augenblicke Halt gemacht hat. Es komme nur darauf an, daß alle vom Willen zum Vorwärtsgang besetzt sind. Dann erklärte Barthou, Herr Rathenau hat davon gesprochen, daß die öffentliche Meinung demobilisiert werden müsse. Er hat damit zweifellos sagen wollen, man müsse aus der öffentlichen Meinung die kriegerische Seite austreiben. Der Außenminister der deutschen Republik mag sich beruhigen. Ich überbringe Ihnen noch einmal das Wort Frankreich, welches den Krieg nicht gewollt hat, glühend und leidenschaftlich den Frieden will.

Im Verlaufe seines Schlußwortes bemerkte Tschitscherin, man könne sich nicht verhehlen, daß die Konferenz nicht in allen Punkten den in der Eröffnungsrede verhandelten Grundfäden, seine Sieger und seine Besiegte, entsprochen hätte, wie auch die praktischen Erfolge nicht die Hoffnungen der nach Frieden sehenden Völker erfüllt hätte. In den Ausführungen über die Klüft zwischen der westlichen und der russischen Auffassung des Eigentumsbegriffes erklärte Tschitscherin, diese Ausführungen würden das russische Volk ebensomöglich bekehren, wie die Mangelgruppen es vermocht hätten, die in Russland verschiedentlich eingeleitet seien. Trotzdem aber halte die russische Delegation an ihrem aufrichtigen Versöhnungswillen fest.

Nachdem noch Bratianu für Rumänien gesprochen hatte, hielt Präsident Facta eine große zusammenfassende Schlußrede, in der er sagte, die geistige und politische Radikalisierung der Konferenz von Genua auf den Gang der Entwicklung des Friedens der Völker werde sich mehr und mehr bemerkbar machen.

Reichskanzler Dr. Birk

erklärte im Verlaufe einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“ in Genua auf die Frage, was seine Ansicht über die Haager Konferenz sei: Wir sind offiziell nicht daran beteiligt; wir können aber im Interesse Europas nur wünschen, daß eine Einigung rasch zustande kommt, die es uns dann ermöglichen wird, wieder aufzuleben. Auf die Frage, was seine Ansicht über die Ergebnisse von Genua sei, antwortete Dr. Birk: Für den Wiederaufbau Europas seien in Genua wertvolle theoretische Grundgedanken gefunden worden, die in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht vervollkommen werden müßten. Dann müßten sie aber auch politische Gestalt annehmen und dies werde wesentlich davon abhängen, ob nach dem 31. Mai rohe Gewalt oder Verständigungswille herrschen soll. Hinsichtlich der künftigen Politik der deutschen Regierung nach Genua erklärte der Reichskanzler, sie werde sich auf derselben Linie halten wie bisher. Wir werden alles tun, was notwendig ist. Unvernünftiges von uns verlangen, muß den Untergang Europas beschleunigen.

Ricarda Buchs Zeitkritik.

Von Will Scheller.

Es gehört schon zu den geschichtlichen Merkmalen der Gegenwart, daß sie mit ihren Zuständen und der Entwicklung, die dahin geführt hat, die Kritik des schöpferischen Geistes in stärkstem Grade herausfordert. Es ließe sich nach ihnen tragen, Beispiele hierfür anzugeben, denn jeder Tag bringt neue. Und es zeigt sich, daß manches mit einem Male nicht zu Ende kommt und gelegentlich ein weiteres Unternehmen der Art probiert. So ist es auch Ricarda Buchs „Zeitkritik“. In ihrem Werk „Der Sinn der Heiligen Schrift“ (vgl. „Karlshöher Zeitung“ Nr. 188 vom 14. Aug. 1910) hatte sie wiederholt Anlaß gefunden, mit bezeichnenden Erörterungen ihrer Zeit leidenschaftlich ins Gericht zu gehen. Sie hatte dabei, vielfach mit fundierter Treffsicherheit, den sogenannten Fortschritt demaskiert, dessen vielgepriesene Errungenschaften stets im Nebenwärtigen und Vergänglichem liegen; in überzeugender Form war ihr der Nachweis gelungen, daß es jenen utopistischen Ideologen, die den Menschen aus dem Prinzip der Gleichheit neues Heil erwecken wollen, auch nur auf das diesseitige Nützliche ankommt, daß auch sie, wie der raffinierte Materialismus zumal, die unentbehrliche jenseitige Perspektive durchaus verfehlen. Kräftig wirkte in diesem Zusammenhang ihre in holler Klarheit erfolgte Feststellung, daß die neue Kunst, statt Vorbild der Wirklichkeit zu sein, die Wirklichkeit zum Vorbild nimmt und dadurch zur Verhöhnung des Lebens, zur geistigen Erstüdung, zur seelischen Verrohung führt. Obwohl diese Stellen, wie manche andere noch, eigentlich den Rahmen jenes Buches sprengen, bildeten sie doch einen so wesentlichen Bestandteil davon, daß es manchem schien, als wären sie überhaupt das Beste daran und es hätte mit ihnen die Verfasserin ihrer Pflicht, zur Zeit Stellung zu nehmen, in bedeutender Weise Genüge getan.

Ihr selbst mag es nicht so vorgekommen sein. Denn es ist nach dem ein Buch von ihr herausgekommen, das dieser Angelegenheit in besonderer gewidmet ist und den bezeichnenden Titel „Entpersönlichung“ (Insel-Verlag, Leipzig) führt. Was schon in dem vorigen Buch als Wurzel des Übels bezeichnet wurde, das Überwiegen des Verstandes, des abstrakten Denkens, über das Gefühl, das intuitive Erfassen, wird hier in ganzer Breite erörtert, und so zwar, daß genau wie im vorigen Buch, oftmals in weit ausgedehnten Ausweifungen das Thema ganz verloren geht und nur mühsam wieder aufgefunden wird. Die Form des Buches ist schon kennzeichnend: neununddreißig Stichwörter oder Sätze etwa in der Art des Titels von Schopenhauers kleinen Schriften, nur ohne deren systematische Anordnung, bieten — wie im vorigen Buch

die Bibelstellen — Anlaß zu mehr oder weniger ausführlichen Betrachtungen, die, kurz gesagt, darzulegen suchen, daß die Verlegung des menschlichen Schwerkopfs von der Persönlichkeit auf das Individuum, von der Anschauung auf den Begriff, auf der Phantasie auf die Wissenschaft, von der Gemeinsamkeit auf den Staat, von der Verbollkommnung auf den Fortschritt, vom Weltgefühl auf die Selbsterhaltung dasjenige sei, woran die Völker des Abendlandes krankten.

In ihrer Beweisführung kommt Ricarda Buch zu Ergebnissen von verschiedenem Wert. Wenn sie, wie angedeutet, den Kern der Persönlichkeit in dem jenseits des Selbstbewußtseins liegenden Faktoren des inneren Lebens erblickt, so werden ihr alle lebendig Denkenden zustimmen, vor allem auch die Okkultisten, die ohnedies auf denselben Standpunkt stehen, von ihr mit ein paar Handbewegungen erledigt werden. Die Verbollkommnung dieses Kerns der Persönlichkeit als Ziel des Lebens, die Höherentwicklung des Menschen als Sinn der Religion, die sich andererseits auch mit den Auffassungen der katholischen Kirche, die von Ricarda Buch als erklärtes Gebilde abgelehnt wird. Es ist nun eine kennzeichnende Schwäche dieses Werkes, daß es eine Polemik nicht vermeidet, die um so bedauerlicher erscheint, als sie ganz unnötig ist, und um so bedenklicher, als sie Gegenstände schafft, wo keine sind. Wie aber in gewissen Kreisen Frankreichs aus dem Gefühl des Niederganges heraus die Selbstüberhebung und die Verachtung anderer Völker künstlich geschürt werden, und so das internationale Leben vergiften, so gibt es gewisse protestantische Zirkel, die, zumeist in der kirchlichen Kreise jenseitig, aus der Beobachtung des Aufstiegs der katholischen Kirche einerseits und der Ausbreitung okkultistischer Bestrebungen andererseits in Selbstüberhebung und Verherrlichung das eigene Heil und nur das eigene, suchen. Bei aller Grobheit einzelner Gedanken, die Ricarda Buch ausspricht, ist nicht zu leugnen, daß die Stimmung, aus der heraus ihr neues Buch, wie auch das vorige, geboren ist, auf eine der geschichtlichen ähnliche Einstellung zurückzuführen ist. Dadurch, daß sie den Weg zu Gott mit ganz einseitigen Weisern vertritt, welche lediglich mit den Auffassungen einer abseitigen theologischen Richtung übereinstimmen, entwertet sie ihr Werk, bemitt den Hängeloch ihres Geistes, ertötet große seelische Regungen in der müßigen Luft einer zu nichts als abstrakten Zählereien tauglichen Scholastik. Um so befremdender wird der Versuch, Goethe in der noch kurz vor seinem Tode von dem leidigen protestantischen Selbsterweisen gesprochen und dem Buch gedankt hat, daß am Ende „alles eins“ werden möge!

Dieses Negativ bildet, wie gesagt, eine bedauerliche Einschränkung des Wertes, den die neue Arbeit von Ricarda Buch,

Lloyd George über die Konferenz.

Lloyd George erklärte in einer Unterredung mit dem Sonnberichterfasser des „Daily Express“: Großbritannien dürfe, könne und werde nicht in dem großen Werke aufhören, das in Genua so erfolgreich begonnen worden sei, daß Italien fest mit Großbritannien gemeinsam auf ein Ziel zumarschiere. Genua habe einen sehr wesentlichen Fortschritt in der Richtung einer europäischen Regelung gebracht. Die Tatsache, daß die Genueser Konferenz ihre Arbeiten in einer anderen Gestalt fortsetze, nach den Gefahren, die sie überwunden habe, sei hervorzuheben und ermutigen. Die Erfolge der Konferenz müßten in dem Maße der furchtbaren Schwierigkeiten, denen man gegenübergestanden habe und die sich jeden Augenblick von neuem erhoben, beurteilt werden. Zum ersten Mal in der Geschichte sei ein wirklicher Friedenspakt in Osteuropa geschaffen worden. Nicht ein Stückwerk, nicht ein momentaner Scheinglaube, sondern eine feierliche Vereinbarung mit der Verpflichtung, nicht anzugreifen, die im vollen Sinne des Wortes gegenseitig sei und die nicht nur während der Beratung im Haag, sondern auch mehrere Monate nachher Gültigkeit habe. Diejenigen, die wüßten, wie nahe die alte Welt einer Sinflut war, und die etwas von dem bösen Inhalte des osteuropäischen Pulverfasses kannten, wüßten, was es bedeute, daß die Explosion abgewendet und unmöglich gemacht worden sei.

Lloyd George fuhr fort: „Wir haben das Knurren der Kriegshunde verstummen lassen. Ich glaube, dies ist etwas, worüber man sich freuen kann. Ich glaube, dies ist etwas, was die Leute, die die Konferenz zum Scheitern bringen wollten, nachdenklich stimmen müßte: denn die Konferenz wird nun in einer anderen Gestalt und unter einer unendlich hoffnungsreicheren Atmosphäre weitergehen. Es ist gefährlich, die Ausichten der Haager Zusammenkunft zu prophezeien. Sie muß jedoch ermöglichen, dem Frieden ein dauerndes Denkmal zu setzen.“

Auf die Frage, welches die Hauptschwierigkeiten gewesen seien, und was Lloyd George in Genua zu verhindern gesucht habe, erwiderte der britische Premierminister, dies sei ein erster Punkt, den er die ganze Zeit bereits erwogen habe. Er werde sich damit in der Vollziehung der Konferenz und gleich nach seiner Rückkehr im Unterhause befassen. Auf die Frage, ob sich Großbritannien in Zukunft nicht abseits von den europäischen Angelegenheiten halten wolle, erwiderte Lloyd George nachdrücklich, das sei vollkommen unmöglich, und tatsächlich sei an eine Isolierung nicht zu denken.

Eine Rede Factas.

Auf dem am Donnerstagabend von den italienischen Journalisten zu Ehren des Ministerpräsidenten Facta und des italienischen Ministers des Äußern Schanzer veranstalteten Bankett, hielt Facta eine Rede, in der er u. a. sagte:

Die ganze Welt wird die Ergebnisse dieser großen Konferenz besprechen. Der Gegenstand gewissem Interesse, der sich hier gezeigt hat, wird die Kommentare besonders lebhaft gestalten. Wenn man der ungeheuren Fülle von Fragen, Prinzipien und neuen Formen gedenkt, die hier aufgetaucht sind, und wenn man den geradezu phantastischen Umfang der Gegenstände in Betracht zieht, die hier in kurzer Zeit behandelt worden sind, erkennt man, daß hier nicht alles auf einmal geordnet werden konnte. Wenn man die vernünftigen Wirkungen des großen Krieges heilen will, bedarf es der Zeit und langwieriger Arbeit. Die Schwierigkeiten und Zwischenfälle, der Wechsel des Geschehens und die Gefahren waren groß. Es gab Augenblicke großer Spannung, großer Enttäuschung und begründeter Furcht. Der gute Wille aber hat stets gesiegt. Wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Geisteszustand Europa vor der Konferenz sich befand, und wie die Stimmung ist, die hier heranzreife, fühlt man unshwer den Fortschritt, der hier erreicht worden ist. Unmöglich erscheinende Kontakte wurden tatsächlich hergestellt, und schwerwiegende Fragen erscheinen nicht mehr als unlösbar, sondern wurden geklärt und studiert. Die Geister, die noch auf tiefe auferweckt waren, gemühten sich an eine weniger heftige Form der Diskussion. So zeigte die Konferenz den Weg zu neuen Zusammenkünften und zu ihrer Fortsetzung, d. h. zur Verständigung. Hier in Genua sind hervorragende und hochherzige Männer zusammengekommen aus ganz Europa. Italien hatte die Ehre, hier Persönlichkeiten zu versammeln, die für eine großzügige Auffassung und tiefgehende Erwägungen vorbereitet waren. Die Italiener haben alle Hochachtung vor diesen Männern. Wir dürfen uns sagen, daß sie hier die Keime für ein neues Leben ausgefäht haben.

Ihrer Intention nach und in vielen Einzelheiten der Ausführung besitzt, ist jedoch so charakteristisch, daß es nicht außer Acht gelassen werden konnte. Demgegenüber muß nun auch wieder das Positive hervorgehoben werden, und das geschieht am besten, indem einmal die Verfasserin selbst zu Worte kommt mit Stellen, die den Sinn ihres Werkes klären können: „Soll ich kurz zusammenfassen, worin unser Unglück besteht, so kann ich sagen, in dem Überwiegen des Bewußten über das Unbewusste, besser gesagt, das Unwillkürliche, oder in dem Überwiegen des Erhaltungstriebes über den Trieb, zu wachsen, und den Trieb zu wehren. . . . An die Stelle der persönlichen Höherentwicklung tritt der Fortschritt, die Entwicklung von Technik und Wissenschaft, deren wir uns zur Beherrschung der Natur und zur Erhöhung unserer Bequemlichkeit bedienen. . . . Es ist an sich nicht unmöglich, daß durch das Überwiegen des Kopfes über das Herz der Mensch aus dem Urbilde Gottes, dem dreieinigen, zu einer Art Hintertier wird, nämlich zu einem Tier, das nicht vorläufer des Menschen, sondern sein Nachzügler ist. Es läßt sich denken, daß die Erde auf diese Art aufhöre, Schauplatz der schaffenden Gottheit zu sein. Unvermeidlich würde sich in diesem Falle schon auf einem neuen Stern, einem ausserwählten, jugendglanzbehafteten, eine neue Offenbarung des ewigen Gottes vorbereiten.“ Die Möglichkeit einer Verhinderung dieses schmachvollen Unterganges der Menschheit — der, da in dem Buch nur von den Westvölkern des Abendlandes gesprochen wird, immerhin so, wie es dargestellt wird, bezweifelt werden kann — erblickt Ricarda Buch in der Rückkehr zu einem natürlichen Leben, das in seiner Verinnerlichung und Vereinfachung, in seiner organischen Dezentralisation freilich als unheimlich erscheinen und wenig Hoffnung auf die erforderliche Massenbeteiligung haben mag.

Des ungeachtet bleibt vieles, was die Verfasserin von „Entpersönlichung“ sagt, beherzigenswert, ja, erscheint gelegentlich in klassisch ansprechender Prägung. Es ist anzunehmen, daß einer, der sich die Mühe macht, die positiven Gedankengänge herauszufächeln, und in Zusammenhang zu bringen, ein Gefühl der Erfrischung empfinden wird, das er bei der Lektüre des Buches in seiner vorliegenden Form vermisst, schmerzlich, ohne Zweifel, denn oft genug spürte er ahnend tiefere Beziehungen zwischen dem Geist dieses Buches und den Schöpfungen großer Dichter derselben Zeit. Der letzte Endes kommt es doch auf Fruchtbarkeit an, darauf, daß ein Buch wirkt im Leser, nachwirkt, und das ist nun trotz allem gewiß: Wer dieses neue Werk von Ricarda Buch gelesen hat, der wird manches daraus noch lange in seinem Herzen bewegen.

Ein Schreiben Lord Greys

Lord Grey of Fallodon hat ein Schreiben an den Sekretär des nationalliberalen Bundes gerichtet, in dem es heißt, die Genuefer Konferenz habe ein Beispiel dessen geboten, was vermieden werden müsse. Der Wiederaufbau Europas und die allgemeine Friedensstiftung seien dringende und bewundernswürdige Ziele. Es sei jedoch sehr bedauerlich, daß die angewandte Methode von Anfang an zum Scheitern und nicht zur Förderung dieser Ziele führen müßte. Um das Erreichen des Ziels zu sichern, wäre ein enges Einvernehmen mit Frankreich und die Mitwirkung der Vereinigten Staaten unerlässlich gewesen. Lord Grey könne sich nicht denken, daß diese beiden Mächte nicht aufrichtiges Wohlwollen gezeigt hätten, wenn sie zuvor gefragt worden wären. Die Genuefer Konferenz sei damals als eine Überraschung verkündet worden und sei von Anhängern des Premierministers als dessen persönliches Projekt begründet worden, dessen Erfolg seiner politischen Ehre angerechnet würde. Auf diese Weise sei der Eindruck hervorgerufen worden, daß die Konferenz einen nicht nur entfernten Zusammenhang mit einer politischen Frage habe. Durch diesen unglücklichen Beginn seien ihre Aussichten auf Erfolge sehr beeinträchtigt, wenn nicht zerbrochen worden. Frankreich sei von Mißtrauen erfüllt gewesen. Die Vereinigten Staaten weigerten sich überhaupt teilzunehmen. Enges Einvernehmen mit Frankreich und das Wohlwollen der Vereinigten Staaten seien der einzig richtige Beginn und die einzig feste Grundlage des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues sowie eines Friedens, an dem alle Nationen Anteil haben. Diese beiden wesentlichen Bedingungen seien durch die Genuefer Konferenz verworfen bzw. weniger wahrscheinlich gemacht worden. Wenn aber eine aufrichtige und verständige Politik, die Ermutigung und Entwürdigung des Völkerbundes verfolgt worden wären, so wäre Deutschland jetzt Mitglied des Völkerbundes und Europa würde sich bereits auf dem Wege der allgemeinen Wehrlosigkeit befinden, statt, wie es jetzt sieht, auf dem Wege zu bewaffneten, einander gegenüberstehenden Gruppen.

Amerika und Saag.

In der vorgestrigen Sitzung der Kommission teilte der Delegierte Italiens mit, daß die italienische Regierung die Antwort auf das Telegramm Hughes abgeschickt habe. Daraufhin sind heute neue Mitteilungen der amerikanischen Regierung eingetroffen, wonach die Vereinigten Staaten sich ihre endgültige Entscheidung bezüglich der Teilnahme an der Sitzung der Sachverständigen-Kommission in Saag vorbehalten haben, bis die Situation klarer geworden ist.

Unterstellung der Koblenzer Franzosen unter die Amerikaner.

„Amarco News“ meldet: Alle französischen Truppen in der amerikanischen Zone sind dem Oberbefehl des General Allen unterstellt worden. General Allen hat über ihre Verwendung zu entscheiden und übt die Befehlsgewalt in dem ganzen Abschnitt aus. Der Kommandeur der französischen Dragonerbrigade in Koblenz ist Ortskommandant für die in Koblenz und Umgebung untergebrachten französischen Truppen; er untersteht General Allen in Bezug auf die Ausführung der von ihm gegebenen Befehle, er ist ihm gegenüber ferner verantwortlich für das Verhalten aller in der amerikanischen Zone untergebrachten französischen Truppen. Das bestehende amerikanische Militärgericht in Koblenz wird weiterhin über die Zivilbevölkerung Recht sprechen; auch in Fällen, in denen es sich um eine Auseinandersetzung zwischen französischen Truppen und der Zivilbevölkerung handelt.

Der Reichstag

Heute gestern die Aussprache über den Etat des Reichsarbeitsministeriums fort. Beim Ziel Zusätze zur Unterstellung ausstehender Kleinrentenrentner befürwortet Abg. Oberföhring (D. Mail.) einen Antrag, den hierfür vorgesehenen Betrag von 500 Millionen auf eine Milliarde Mark zu erhöhen. Es handelte sich darum, Arbeitsrenten einen einigermaßen gesicherten Lebensabend zu schaffen. An die Stelle der Verwaltungsregelung dieser Frage müßte die gesetzliche Regelung treten, und den Kleinrenten nicht Almosen, sondern gesetzlicher Anspruch gewährt werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bemerkte: Die Regierung erkennt die Not der Kleinrentner an. Wenn die vom Ausschuss bewilligten 500 Millionen nicht ausreichen, so werden in einem Nachtragsetz weitere Mittel angefordert werden. Vielleicht sind die Richtlinien der Regierung als erster Schritt auf dem Wege noch etwas mangelhaft, aber sie sind weitestgehend, als die deutschnationalen Gegenvorschläge, da sie weder Mindesteinkommen, noch eine gewisse Erwerbsunfähigkeit, noch ein bestimmtes Lebensalter vorsehen. Zur Beantwortung der Änderung der Richtlinien werde der Reichstag herangezogen werden, aber von der Anhörung der Meinungsorganisation möge er absehen.

Der deutschnationalen Antrag wurde abgelehnt. Der Ausschussantrag auf Bewilligung von 500 Millionen Mark einstimmig angenommen. Von den im deutschnationalen Antrag vorgeschlagenen Richtlinien wird der Passus angenommen, wonach mit größtem Nachdruck auf unverzügliche Auszahlung der Notstandsbeihilfe für Kleinrentner hingewirkt werden soll. Ferner wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach an soziale und charitative Reichsorganisationen zur Abgeltung der Unkosten, die durch den Verkehr mit behördlichen Stellen entstehen, 300 000 M. in den Etat einzuflossen sind.

Beim Kapitel „Kriegsopferfürsorge“ wird eine Interpellation der Deutschen Volkspartei müberhandelt, welcher eine Erhöhung der Renten für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene fordert, eine Revision der Antragsvorschriften für die Zeuerungszuschüsse verlangt und vorschlägt, die zur Verfügung stehende Summe um 50 Prozent gegenüber 1920 zu erhöhen.

Im Laufe der weiteren Debatte erklärte Minister Dr. Brauns, mit der Verabschiedung des Gesetzes auf Erhöhung der Zeuerungszuschüsse um das 3/2- bis 4fache dürfte noch vor Pfingsten geredet werden. Die Neuregelung der Kriegsbeschädigtenfürsorge erfordere 12 Milliarden Mark. Seit 1920 seien die Aufwendungen um das Dreifache gestiegen. Zweifellos beständen noch Härten, die aber auch durch das Gesetz nicht beseitigt werden könnten. Für Notfälle müsse vielmehr besonders Hilfe geschaffen werden.

Die Entschließung betreffend die Umanerkennung wird sodann angenommen. — Nach weiterer unerbittlicher Debatte wird der Haushalt des Arbeitsministeriums gebilligt, ebenso der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Ernährungsfragen.

Ein dem Reichstag zugegangener Antrag von Müller-Franken und Gen. (Soz.) ersucht die Reichsregierung, dem Reichstag mit tünlichster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zu unterbreiten, nach denen für das Wirtschaftsjahr 1922/23 das Umverfahren für die Erhaltung des Brotgetreides beibehalten wird wobei der Gesamtbedarf an Brotgetreide für die Ernäh-

lung der versorgungsberechtigten Bevölkerung soll auf Inlandsernte in der Höhe von 4 1/2 Millionen Tonnen sicherzustellen ist. Der Kartoffelbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung soll auf dem Wege privatrechtlicher Lieferungsverträge sichergestellt werden. Damit diese Lieferungsverträge auch tatsächlich eingehalten werden, ist der Erfüllungsort gesetzlich festzulegen. Dem schrankenlosen Verkauf von Kartoffeln ist durch geeignete Maßnahmen wie Konfessionierung des Handels und eine schärfere Kontrolle entgegenzutreten. Im Interesse der Allgemeinheit ist die Bewirtschaftung des Zuckers durch das Reich wieder einzuführen. Der Bevölkerung ist pro Kopf und Woche 1/2 Pfund Zucker zur Verfügung zu stellen, außerdem für Säuglinge pro Kopf und Woche 1 Pfund extra.

Freigabe der Zuckereinfuhr.

Die „Germania“ bestätigt, daß aller Voraussicht nach der Reichswirtschaftsminister die Freigabe der Einfuhr von Zucker aus dem Ausland genehmigen wird. Nach Ansicht des Reichswirtschaftsministers wird die Freigabe der Zuckereinfuhr dazu führen, daß auch der im Inlande zurückgehaltene Zucker auf den Markt gelangt und auf diese Weise der Zuckermangel behoben wird. Wie das Blatt von anderer Seite erfährt, sei der Auslandszucker heute zu einem Preise von 18 bis 17 M. pro Pfund zu haben, während für deutschen Zucker im Großhandel bereits über 20 M. pro Pfund bezahlt werden. Es sei also auch damit zu rechnen, daß durch die Freigabe der Einfuhr auch die Herabsetzung der hohen Zuckerpriese erreicht wird.

Der Kampf um das Arbeitsnachweisgesetz

Im Unterausschuss des Reichstags für soziale Angelegenheiten wurde heute bei Weiterberatung über das Arbeitsnachweisgesetz ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag abgelehnt, den Arbeitgeber zu verpflichten, jede einem nicht-gewerbmäßigen Arbeitsnachweis mitgeteilte Bilanz auch dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden. Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen den Antrag. Da auch ein Vermittlungsantrag der Demokraten abgelehnt worden war, ist die Verhandlung im Unterausschuss über den entsprechenden Paragraphen des Gesetzes gescheitert.

Zur Verbilligung des Druckpapiers.

Auf eine Anfrage des Abg. Fortmann erteilt das Reichswirtschaftsministerium folgende Antwort:

Die Verbilligung von Zeitungsdruckpapier aus Tarifklasse A in Klasse B ist in Form eines Ausnahmevertrags mit Gültigkeit vom 1. Mai d. J. erfolgt. Die Vergünstigung wird gewährt für Papier zum Druck von Zeitungen und Zeitschriften. Die Verbilligung eines Teiles der Ausfuhrerlöse bei Zellstoffdruckpapier und gleichartigen Papierarten zur Verbilligung des Druckpapiers ist angeordnet und wird, nachdem die Außenhandelsstelle für das Papierfach die erforderlichen Einzelanordnungen getroffen hat, alsbald durchgeführt werden.

Kurze polit. Nachrichten.

* Der frühere Präsident v. Dirschfeld, der wegen geistiger Ermattung in die psychiatrische Klinik Freiburg i. B. gebracht war und daraus wieder entlassen wurde, befindet sich, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wieder in Straßburg.

* Zum Metallarbeiterstreik. Nach Anhörung des Berichts über die gestrige Lage in der süddeutschen Metallindustrie hat der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in seiner Sitzung vom 19. Mai einstimmig beschlossen, die süddeutschen Verbände mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Er hat deshalb dem engeren Vorstand Vollmacht gegeben, nach der Lage der Sache selbständig vorzugehen.

* Eine neue Streikvorbereitung? Einer Korrespondenzmeldung zufolge haben die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe eine Versammlung abgehalten, in welcher eine Entschließung angenommen wurde, nach der die Gewerkschaften aufgefordert werden, die Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter mit allen Mitteln durchzusetzen und Vorbereitungen zu treffen, um einen Streik durchzuführen, falls die Regierung eine ablehnende Haltung einnehmen sollte.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die nächste Sitzung des Landtags findet am Mittwoch, den 31. Mai 1922, nachmittags halb 4 Uhr statt. In dieser wird die Vorlage über die Zeuerungsbezüge der Beamten erledigt, sowie die Position: Wissenschaften und Künste aus dem Vorschlag des Kultus- und Unterrichtsministeriums.

Der Haushaltsauschuss und die Beamtenbezüge. Nachdem der Berichterstatter Dr. Baumgartner referiert hatte (die Vorlage haben wir gestern wiedergegeben), befragten in der Aussprache je ein Redner der demokratischen, der sozialdemokratischen und der unabhängigen Partei, daß man die Zeuerungsbezüge für alle Gruppen wieder gleichmäßig bemessen habe; das schädige die unteren und mittleren Beamten. Aber alle Parteien stimmten der Vorlage zu, da sie vom Haushaltsauschuss des Reichstages in der vorliegenden Form beschlossen worden sei und wir durch das Sprergesetz gebunden sind. Auf Vorschlag des Finanzministers wurde jedoch folgender Antrag vom Haushaltsauschuss einstimmig angenommen: „Das Staatsministerium wird ermächtigt, bei jeder Änderung der Zeuerungszuschüsse für die Reichsbeamten die gleiche Änderung auch für die badischen Staatsbeamten zu verordnen.“

Darnach braucht nicht mehr bei jeder Änderung der Besoldungsordnung der badische Landtag bemüht zu werden.

Ein Landtagsredner bemerkte noch, daß man auf dem Lande es unangenehm empfinde, wenn Beamte, insbesondere Eisenbahnbeamte bei Rufen von Grundbesitzern und sonstigen Ausgaben nicht gerade zurückhaltend vorgehen. — Es wurde ihm erwidert, daß dies nur Ausnahmen sein könnten; das Los der Beamten, auch auf dem Lande, benötige dringend bei der großen Zeuerung eine Erhöhung seiner Einkünfte.

Der Finanzminister teilte alsdann mit, daß auch diesmal Vorschüsse gegeben werden sollen und zwar für die Gruppen

von 1—6; 2000 M., für 7—9; 2700 M. und für 10 und die folgenden Gruppen: 3400 M. Ferner seien die Restsummen aus der April-Zulage zur Auszahlung fast sämtlich angewiesen. Damit es überhaupt im allgemeinen rascher mit den Auszahlungen gehe, könnten künftig die einzelnen Beamten ihre Bezüge selbst ausrechnen und die Auszahlung würde dann sofort erfolgen.

Die Vorlage für die Ruhegehaltsempfänger- und die Beamtenhinterbliebenen, die ebenfalls der Hilfe dringend bedürfen, sei fertig; man würde sich an die Bestimmungen des Reiches anschließen. Auch Ruhegehaltsempfänger erhalten Vorschüsse die bis Anfang Juni ausgezahlt werden sollen.

Außerdem erledigte der Haushaltsauschuss noch die Vorlage über die Zurückführung der Zeichen- und Musiklehrer, welche durch die Entscheidung des Reichsgerichts am 7. Januar 1922 notwendig geworden ist und über welche schon früher berichtet wurde. Die Rückwirkung auf 1. April 1920 hat nicht zur Folge, daß die bisher von den Zeichen- und Musiklehrern zu viel erhaltenen Beträge rückerhoben werden. Der Ausschuss stimmte zu.

Die Siedelungen.

In der Sitzung des Haushaltsauschusses am Donnerstag berichtete ein Regierungsvertreter über die Durchführung des Reichsiedlungsgesetzes in Baden. Er erläuterte eingehend das badische Ausführungsgesetz zum Reichsiedlungsgesetz vom 10. März 1921 und wandte sich gegen zwei Aufsätze des Professors Gothein, welche dieser in der letzten Woche im „Karlsruher Tagblatt“ veröffentlicht hatte. Er wies nach, daß Professor Gothein bei der Auslegung des § 1 des Reichsiedlungsgesetzes, der gesetzlichen Grundlagen für das Vorkaufsrecht gemäß § 14 der VO. des Staatsministeriums vom 11. Oktober 1921, des § 1 des badischen Ausführungsgesetzes vom 10. März 1921, soweit Professor Gothein die Anwendung dieses Gesetzes bei der Durchführung von Meliorationen vorschlägt, Irrtümer unterlaufen seien. Die Ausführungen, gerade in dieser Hinsicht, wurden von den Mitgliedern des Haushaltsauschusses gebilligt.

In seinen weiteren Ausführungen schilderte dann der Regierungsvertreter die Organisation des Siedlungswesens, welche vor allen Dingen neben den behördlichen Trägern der Siedlung noch zur Ergänzung und Unterstützung der behördlichen Tätigkeit notwendig mache. Die Siedlungsmöglichkeiten, sowohl auf dem Gebiete der Neufiedlungen wie der Anliegersiedlungen, seien nämlich in Baden nicht so gering, wie man gemeinhin glaube.

Auch das von Professor Gothein sehr abfällig beurteilte Vorkaufsrecht wird für die Siedlung und für und zum Schutze der Landwirtschaft, namentlich in den Bezirken, in welchen der Güterhandel schon vor dem Kriege eine unheilvolle Rolle gespielt hat, nach den in der kurzen Zeit seines Bestehens gemachten Erfahrungen wertvolle Dienste leisten. Das Arbeitsministerium hoffe, mit der von ihm vorgeschlagenen Organisation des Reichsiedlungsgesetzes in Baden rasch und reibungslos durchzuführen. Notwendig sei allerdings ein Entgegenkommen des alten Besitzes und bei den Siedlern ein Zurückweichen zu weitgehender Wünsche. An die Verschlagung der wenigen großen Güter denke das Arbeitsministerium nicht, es wird bei der Durchführung des Reichsiedlungsgesetzes auf unsere schwierige Ernährungslage und das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft alle nur möglich Rücksicht genommen werden.

In der Diskussion wurden wesentliche Einwände nicht erhoben. Ein Zentrumredner warnte davor, kleine Betriebe zu schaffen, die Inhaber seien sich und andern zur Last.

Auch der Landtag meinte, es sollten einem Siedler mindestens 30 Morgen gegeben werden. — Die Regierung erklärte, 18 Morgen sei die unterste Grenze, die Leute könnten doch auch noch Pachtland erhalten. Gedacht sei auch an Handwerker, die das nötige Gelände zum Bau ihres Nahrungsmittelbedarfs erhalten sollen.

Weiter bemerkte sie auf die Anfrage eines Zentrumsgabordneten und des Berichterstatters Dr. Glöckner, weshalb die Siedlungsgesellschaft „Fals“ noch nicht zum gemeinnützigen Siedlungsunternehmen erklärt worden sei, daß diesem Antrag nun wohl vom Staatsministerium stattgegeben werde, nachdem auch die Landwirtschaftskammer zugestimmt habe.

Damit war die Angelegenheit erledigt und zugleich auch die Beratung des Vorschlages des Arbeitsministeriums abgeschlossen.

Der Truppenübungsplatz Heuberg.

Im Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung kam der Antrag Marum und Gen., die Zuteilung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Heuberg zu dem Verwaltungsgebiet des Landesfinanzamts Karlsruhe betreffend, zur Verhandlung. Der Berichterstatter gab die Erklärung der Regierung bekannt, welche es ablehnte, bei der zuständigen Reichsstelle hierwegen vorstellig zu werden. Die Landesfinanzämter Karlsruhe und Stuttgart seien Reichsbehörden; es trete also keine Benachteiligung der badischen Bevölkerung ein. Dagegen sei die Regierung dafür eingetreten, daß das Gelände an die Gemeinden in dem Maße, wie es früher abgegeben wurde, wieder zur landwirtschaftlichen Benützung verpachtet oder ganz abgetreten wird. Schließlich soll die Verwaltung dem günstig gelegenen Finanzamt Sigmaringen übertragen werden, was viele Mißstände beseitige.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung beantragte der Berichterstatter, den Antrag für erledigt zu erklären. Der Antrag wurde angenommen.

Die Gemeinden und das Jagdgesetz.

Eine recht ausgedehnte Debatte zum Jagdgesetz rief die Beratung des Antrags des Städtebundes auf Abänderung dieses Gesetzes im gleichen Ausschuss hervor. Die Antragsteller wollten damit bezwecken, daß der Jagdpachtvertrag ausschließlich den Gemeinden zugute kommt. Nach den Äußerungen des Berichterstatters bedeutet dies eine vollkommene Umgestaltung des bisherigen Jagdgesetzes, das in bezug auf Aus-

Abgabe des Jagdrecht auf den Grundbesitz aufgebaut ist. Sie nach der Zustimmung der Grundbesitzer fließt das Jagdrecht heute schon den Gemeindefiskus zu bzw. ist das die Regel; denn in 1460 Gemeinden ist diese Regelung getroffen, während in nur 109 Gemeinden Verteilung an die Grundstückseigentümer erfolgt.

Die Regierung verwies bei ihrer Erklärung auf die grundsätzliche Stellungnahme zu dem früher schon ähnlich gestellten Antrag Hertle-Spengler. Sie erklärt weiter, daß der Staat als Eigentümer ebenfalls unter die Wirkungen des Antrages falle, was für die Staatskasse einen Einnahmeverlust bedeutet. Im übrigen stellt sie sich auf den Standpunkt, daß an dem Grundsatz, daß das Jagdrecht Ausfluß des Grundeigentums sei, nicht gerüttelt werden soll.

Diesem Grundsatz traten die Redner des Zentrums, der Demokraten, Deutschliberalen und Deutschnationalen bei. Der Berichterstatter bemerkte noch, daß eine Änderung des Jagdgesetzes wegen der neuen Gemeindeordnung in bezug auf die abgeforderten Bemerkungen einzutreten habe. Ein Vertreter des Landbundes stellte sich mit Rücksicht auf die kleineren Gemeinden auf einen anderen Standpunkt wegen des Jagdrecht. Diese seien im Nachteil gegenüber größeren Besitzern. Er besprach dann noch Wünsche des Regierjagdbereichs. Es sei das ein Geschenk an die Forstmeister. Diese Jagden müssen öffentlich verpachtet werden. Auch über die letztere Frage wurde länger debattiert und teils der Standpunkt des Redners des Landbundes, teils ein entgegengesetzter vertreten. Ein Regierungsvertreter erklärte hierzu, daß die Regierung im Abbau mit den Regierjagden begriffen sei. Durch diese Jagden erleide die Staatskasse keinen Ausfall an Einnahmen, weil das Jagdrecht ihr zufalle. Aber die finanzielle Benachteiligung der Gemeinden durch langfristige Jagdverträge wurde ebenfalls gesprochen. Durch die Nachschubordnung bzw. Änderung derselben durch das Reich soll hier eine Lösung herbeigeführt werden.

Nachdem noch ein sozialdemokratischer Redner auf die Frage des Wildschadens hingewiesen hatte und hierüber auch Aufklärung von verschiedenen Seiten gegeben wurde, fand der Antrag des Berichterstatters, das Gesetz des Städtebundes der Regierung als Material zu überweisen, Annahme.

Fremdenverkehr.

Aber die Regelung des Aufenthalts der Ausländer in Baden wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Für die Ausländer, die sich in Baden nicht nur vorübergehend aufhalten wollen, sondern schon länger vorgeschrieben, daß ihnen von den deutschen Vertretungen im Ausland nur mit Zustimmung badischer Behörden Einreisefreie erteilt werden. Außerdem besteht für alle Ausländer persönliche Meldepflicht. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, daß allen Ausländern, deren Aufenthalt nicht zu beanstanden ist, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird und zwar von dem örtlich zuständigen Bezirksamt im Einvernehmen mit der Gemeindebehörde. Wer sich mehr als 14 Tage in Baden aufhalten will, soll diese Erlaubnis schon vor der Zureise einholen, im übrigen ist für die Einholung der Erlaubnis eine Frist von 8 Tagen

nach Ankunft gewährt und es bedarf ein Aufenthalt von nur 8 Tagen überhaupt keiner Aufenthaltserlaubnis. Für Ausländer, die sich an mehreren Orten aufhalten wollen und für geschäftliche Reisen sind besondere Bestimmungen vorgesehen. Für die Aufenthaltserlaubnis ist eine Taxe zu entrichten, die nach der Dauer des Aufenthalts und den sonst in Betracht kommenden Umständen abgestuft ist. Es ist zu hoffen, daß durch diese Ergänzung der Bestimmungen über den Aufenthalt von Ausländern bisher hervorgetretenen Mängeln begegnet werden kann, ohne daß der Fremdenverkehr in einer für die badische Fremdenindustrie fühlbaren Weise beeinträchtigt wird.

Die Reichshochbaunormung,

d. i. der für Vereinheitlichung von Bauteilen auf dem Gebiete des Hochbaues zuständige Arbeitsausschuß im Reichsnormenausschuß hielt unter Beteiligung fast aller Obmänner der 21 im Reich und in Österreich arbeitenden Hochbaunormungen sowie eines Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums am 29. April in Jena ihre diesjährige Frühjahrssitzung ab. Als neuer Obmann der Hochbaunormung Brandenburg wurde Herr Architekt BBA. Dr. Ing. Siebler-Berlin begrüßt.

Die sich über den ganzen Tag ausdehnenden Beratungen dienten im wesentlichen der Klärung verschiedener Normungsfragen. Die Verhandlungen boten aber auch einen wertvollen Überblick über den Umfang der bisher beim Bau von Kleinwohnungen zur Verwendung gelangenden Baunormen. Die öffentlichen, großen wirtschaftlichen Vorteile und hier wieder die sofortige Greifbarkeit von auf Vorrat gearbeiteten Baunormen, hatten ihnen reifungslos den Eingang in die Praxis gesichert.

Weiter wurde auf der Obmannerversammlung auf Grund allseitig erkannter Notwendigkeit beschlossen, für Kleinwohnungsbauteile technisch einwandfreie, einheitliche Ausdrucks- und Verbindungsunterlagen zu schaffen. Diese Urden soll unter Berücksichtigung anderwärts auf diesem Gebiete bereits geleisteter Vorarbeit sofort in Angriff genommen werden.

Als Ort für die alljährlich im Herbst stattfindende Tagung der Reichshochbaunormung wurde in diesem Jahre Aschaffenburg in Aussicht genommen.

Verbandstag der Bad. Bäckerinnungen.

DZ. In Anwesenheit von 178 Delegierten und 671 Verbandskollegen hielt kürzlich der Verband der badischen Bäckerinnungen in Billingen in der dortigen Festhalle unter der Leitung des Verbandsvorsitzenden Wagner-Forsheim seinen 21. Verbandstag ab. Der Verband kann auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Die von der Regierung kürzlich getroffene Regelung, wonach die Regierung keine einheitlichen Richtlinien mehr festsetzt, sondern die Preisbestimmung den einzelnen Kommunalverbänden überläßt, mit dem Landeskommissar und der Landesverordnungsstelle als Berufungsinstanz, fand nicht die einmütige Billigung des Verbandstages, da man durch die Verhandlungen mit den Kommunalverbänden neue Verhandlungen und Schwierigkeiten erwartet. Der Vorstandstag für 1922/23 sieht an Einnahmen und Ausgaben 159.960 M. vor. Über die Arbeitszeit in den Bäckereien wurde eine Entscheidung angenommen, daß die Arbeit in Baden in den Bäckereibetrieben von abends 9 Uhr bis früh 5 Uhr ruhen soll, ohne daß hierdurch die achtstündige Arbeitszeit berührt wird. Die Bezirksämter sollen aber auch auf Antrag der Innungen die

Arbeitsruhe von 10 bis 6 Uhr mit einer Stunde Vorberlegung festsetzen können. Hinsichtlich der Beschäftigung von Lehrlingen fand eine Entschliessung Annahme, wonach es erlaubt sein soll, neben dem Gesellen und einem Lehrling einen zweiten Lehrling zu halten, wenn der erste Lehrling im dritten Lehrjahre steht, daß ferner das Lehrlingswesen den Handwerkskammern und Innungen überlassen bleibe. Im nächsten Jahre wird in Heidelberg im Zusammenhang mit dem 800jährigen Bestehen der dortigen Innung ein außerordentlicher Verbandstag abgehalten werden.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Eisenbahn-Verkehrshinderungen.

Gesperrt ist die Annahme von Frachttüdgut nach Adlin-Rail Nord Umladestelle sowie Adlin-Gereon Ort und Umladestelle. Ausgenommen sind Saatgut, Sämereien und Befahrungsgut. Aufgehoben ist die Annahmestelle von Eis- und Frachttüdgut (Stückgut und Ladungen) an Vulkanwerke Bahnhof Vulkan-Bräu. Von der Frachttüdgutsperrung nach Worms Ort sind weiter Lebensmittel sowie alle Sendungen ausgenommen, bei denen der Empfänger im Frachttüdgut bescheinigt, daß Empfänger selbst abholt.

DZ. Freiburg i. Br., 18. Mai. Differenzen im Gastwirtsberuf, vornehmlich die von Arbeitnehmerseite gewünschte Abschaffung des Trinkgeldes, wurden gestern vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt. Auf Grund dieser Verhandlungen wird die Arbeit heute wieder aufgenommen werden. In der nächsten Woche wird dann auch über Lohnfragen nochmals vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt werden. Nach der „Volkswacht“ konnten sich die Arbeitgeber der Reichsbahn des Ausschusses nicht beschließen, daß ein Verbot des Schlichtungsausschusses solange nicht möglich sei, als die Kaffeekausbesitzer nicht ihren einseitigen Standpunkt aufgeben.

DZ. Radolfzell, 19. Mai. Wie die „Freie Stimme“ hört, wird Reichsanwalt Dr. Wirth an der nach Pfingsten stattfindenden kath. Bodenfesttag teilnehmen und bei dieser Gelegenheit voraussichtlich auch den Reichstagsabgeordneten Dies in Radolfzell besuchen.

Badische Gemeindeforschau.

Gemeindeforschau.

Aus allen badischen und pfälzischen Gauen strömen am 20. und 21. d. M. die Gemeindeforscher nach Mannheim, um gemeinsam den ersten badischen Gemeindeforschertag zu einer einmütigen Kundgebung zu gestalten. Von der badischen Regierung werden Minister Kemmele und Ministerialrat Wender vertreten sein. Eine Reihe badischer Reichs- und Landtagsabgeordneter, ferner die Spitzen der hiesigen Behörden, sowie eine größere Anzahl Bürgermeister badischer und pfälzischer Städte und Gemeinden nehmen an der Tagung teil. Der deutsche Beamtenbund entsendet seinen ersten Vorsitzenden, Hülgel-Werlin, der deutsche Gemeindeforschertag seinen Bundesdirektor Stadtrat Hermann-Berlin, sowie Regierungsrat Lehmann-Berlin. Auch der bayerische Gemeindeforschertag wird durch seinen ersten Vorsitzenden, Thoma-München, sowie den Vorsitzenden des Kreisvereins der Pfälz. Dillinger-Badungsbahnen, vertreten sein. Außerdem beteiligen sich die hiesigen und württembergischen Gemeindeforscherverbände und nicht zuletzt die Verbände der Reichs- und Staatsbeamten und der Lehrer an dieser bedeutungsvollen Tagung.

Sonntag, den 14. Mai.
Landestheater. 5 1/2 - 10 Uhr. 55 Mk. 7 - 10 Uhr. 21 Mk.
Konzertthaus. 7 - 10 Uhr. 21 Mk.
Lohengrin. **Kater Lampe.**

Arterien-Verkalkung
Gicht/Gelenkrheumatismus/Steinleiden ist heilbar. a. 19 Prospekte gratis.
Bio-Chemie-Compagnie, Essen.

Bürgermeister-Stelle.
Die Berufs-Bürgermeister-Stelle der Gemeinde Friedrichsfeld Amt Schwetzingen - Industrie-Gemeinde mit über 4000 Einwohnern, Ortsklasse B - ist zu besetzen, da die Amtszeit des kommissarischen Berufs-Bürgermeisters demnächst abläuft. Geeignete Bewerber wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften und Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens 15. Juni ds. Jrs. an den Gemeinderat einreichen.
Friedrichsfeld, den 10. Mai 1922.
Der Gemeinderat: Wecherer. Zimmermann

Bekanntmachung.
Bei der am 20. April lfd. Jrs. öffentlich vorgenommenen Auslosung sind folgende städtische Schuldverschreibungen zur Einzahlung gekündigt worden:
Von dem 3-prozentigen Anlehen des Jahres 1888, heimzahlbar auf den 1. August 1922.
Tit. A Nr. 6, 17, 71, 122, 179, 191, 194, 209, 218, 227, 263.
Tit. B Nr. 10, 12, 17, 26, 33, 44, 80, 90, 171, 178, 218, 256, 297, 306, 313, 333, 347, 370, 375, 395, 469, 494, 503, 518, 524, 545, 564, 676, 699, 757.
Tit. C Nr. 21, 71, 81, 101, 103, 120, 141, 156, 166, 170, 212, 220, 282, 295, 342, 366, 427, 450, 454.
Von dem 3-prozentigen Anlehen des Jahres 1904, heimzahlbar auf den 1. Oktober 1922.
Tit. A Nr. 47, 48, 55, 60, 236, 293, 360, 416.
Tit. B Nr. 265, 266, 286, 303, 306, 324, 361, 384, 386, 443, 448, 462, 464, 485, 506, 507, 830, 867, 924.
Tit. C Nr. 161, 192, 331, 347, 367, 424, 435, 463, 484, 571, 717, 718, 736, 739.
Die Einlösung derselben sowie der fälligen Zins-scheine erfolgt bei den damit betrauten Zahlstellen; eine weitere Verzinsung der auf den angegebenen Zeitpunkt gekündigten Schuldverschreibungen findet nicht mehr statt.
Ettlingen, den 18. Mai 1922.
Der Bürgermeister.

Linoleum, Parkett
Wird glänzend und adrett.
Wenn man Wichmadel braucht
So dünn wie aufgehaut.
In Güte unerreicht
Macht es die Arbeit leicht,
Ist sparsam im Gebrauch,
Geruchlos ist es auch.

WICHMADEL
Das beste und sparsamste
BOHNERWACHS.
Verkaufsstellen: Drogerie W. Tscherning, Amalienstr. 19; Drog. A. Vetter, Zirkel 15, Ecke Adlerstraße.
Hersteller:
Wichmadel-Werke, Dresden-Neick.

Charakter- deutung
(20 Zeilen in Tinte gefärbt.)
Markt 6.60 a. 668 b

Grapholog. Institut
A. S. Ritter
Karlsruhe, Körnerstraße 30

Nöchin
die Hausarbeit tut oder einfache Stiche und Zimmerarbeiten zu zwei Personen gesucht. Gute Behandlung. Höchster Lohn.
Mayer, Mannheim, Victoriastraße 12.

Aufgebotsverfahren.
Fraulein Anna Haas, Büglerin hier, Gerwigstr. Nr. 10, hat den Antrag gestellt, ihr abhanden gekommenes Sparbuch Nr. V Nr. 1130 mit einer Einlage von M. 4093.49, inwieweit durch Zinsguthschrift angewachsen auf M. 4223.20, für kraftlos zu erklären.
A. 282
Der Inhaber des ge-

namten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats, von der erfolgten Einrückung an gerechnet, bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Ansprüche geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Buches erfolgen wird.
Karlsruhe, 19. Mai 1922.
Städt. Sparkassenamt.

Stangenverkauf.
Das Forstamt St. Blaffen verläuft freihändig 1400 Verbastangen und 500 Reihstangen I. u. II. Klasse. A. 485
Angebote werden bis am Samstag, den 27. Mai d. J. entgegengenommen.

Redaktionalisierung.
Die Arbeiten zur Herstellung von zwei Kanalüberführungen in der Staustufe Labenburg in zwei Losen zu vergeben.
Los 1: Herstellung des Widerlager- und Flügelmauerwerks. Baugrubenaushub rd. 1800 cbm, Betonarbeiten rd. 1400 cbm.
Los 2: Riefenung und Aufstellung des eisernen Überbaues für 3 Wegeführungen im Gesamtwert von rd. 400 t.
Vergebungsunterlagen und Angebotsvordrucke auf dem Redaktionsamt Heidelberg, Niebstraße 2 gegen Vergütung von 200 M. erhältlich.
Angebote mit Aufschrift „Angebot für Widerlagermauerwerk“ bezw. „Angebot für Eisenbau“ verschließen und postfrei bis 10. Juni l. Jrs. vormittags 11 Uhr, beim Redaktionsamt einzureichen, wofür die Öffnung der Angebote stattfindet.
A. 467
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Redaktionsamt Heidelberg.

Bekanntmachung.
Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. März 1922 ist unsere Genossenschaft in Liquidation getreten. Die Liquidation ist unter dem 6. Mai 1922 zu erklären.
A. 282
Der Inhaber des ge-

Redaktionalisierung.
Zufuhrarbeiten zur Herstellung des Wehres der Staustufe „Wieslingen“ zu vergeben. A. 387.2
Baugrubenaushub 25 000 cbm, Rahmen hölzerner Spundwände 600 m, Rahmen eiserner Spundwände 500 m,

Güterverkehr der badisch-schweizerischen Zehrergangstationen mit der Schweiz.
Mit Gültigkeit vom 15. Mai 1922 wird zum Ausnahmetarif 18 ein provisorischer Nachtrag ausgegeben; er bringt Ermäßigung für Stamm-, Lok- u. Stangenholz. Die Tarifstelle Salzsole wird mit sofortiger Gültigkeit dahin geändert, daß Salzsole zu industriellen Zwecken dem Sp. L. III zugewiesen wird. A. 486
Karlsruhe, 18. Mai 1922.
Eisenbahn-Generaldirektion.